

Mitteilungsvorlage

Antwort auf die Anfrage der SPD-Fraktion zur Förderung des Radverkehrs (DS 15/7191)

Beratungsfolge

	Gremium	Sitzungstermin	Beratungsform
1	Ausschuss für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung		Kenntnisnahme

Öffentlichkeit

Die Beratung erfolgt in öffentlicher Sitzung.

Federführung

3.31 Umwelt

Beteiligte Stellen

0.11 Personal und Organisation
1.00 Fachdezernat Finanzen und Kultur
4.12 Stadtentwicklung, Verkehrs- und Bauleitplanung

Finanzielle Folgen und Auswirkungen

Voraussichtlicher Aufwand und voraussichtliche Auszahlungen im laufenden Jahr und in Folgejahren

keine

Die erforderlichen Haushaltsmittel sind im Ergebnis- und Finanzplan enthalten
entfällt

Produkt(e)

14.01.01 Umweltschutz

Klima-Check

Entfällt bei Anfragen

Zeit- und Personalkostenaufwand

Für die Beantwortung ist ein Zeitaufwand von 45 Minuten angefallen; das sind 43 Euro.

Mitteilung der Verwaltung

Die nachfolgende Information wird zur Kenntnis genommen.

Das Förderprogramm „Klimaschutz durch Radverkehr“ gibt es bereits seit 2016. 2020 wurden die Förderbedingungen verbessert; finanzschwache Kommunen können nun bis zu 90 Prozent gefördert werden.

Es handelt sich um ein zweistufiges Antragsverfahren. Es können modellhafte, investive Projekte zur Verbesserung der Radverkehrssituation in konkret definierten Gebieten wie beispielsweise Wohnquartieren, Dorf- oder Stadtteilzentren gefördert werden. Ziel ist es, neben der Einsparung von Treibhausgasemissionen, den Anteil des Radverkehrs an der Verkehrsleistung zu erhöhen und einen Beitrag zur Verbesserung der Lebensqualität vor Ort zu leisten.

Es gibt 2020 zwei Zeiträume für die Einreichung von Projektskizzen: 01.03 – 30.04. sowie 01.09. – 31.10.2020. Aus den eingereichten Projektskizzen werden die besten Projekte ausgewählt und zur Antragstellung aufgefordert.

Entscheidende Bewertungskriterien sind der projektspezifische Klimaschutzbeitrag und die Fördermittel- und Kosteneffizienz angesetzt.

FD 3.31 kann sich vorstellen, einen Antrag rund um das betriebliche Mobilitätsmanagement der Stadtverwaltung einzureichen. Um aber den Inhalt eines Projektes in Ruhe zu bearbeiten und die Antragstellung plausibel vorzubereiten, soll für die Antragseinreichung die zweite Zeitschiene im September/Oktober gewählt werden. Diese Zeit gibt auch die Möglichkeit, die Bereitstellung des notwendigen Eigenanteils abzuklären.

Im Rahmen des Projektes BMM³ wurde in Remscheid das Mobilitätsverhalten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an dem Standort Gewerbegebiet Großhülsberg und im Rathaus der Stadt Remscheid durch die EcoLibro GmbH und das Wuppertal Institut untersucht. Ein Kernergebnis der Untersuchungen im Rathaus ist, dass 54 % der Mitarbeitenden mit dem Pedelec genauso viel oder sogar weniger Zeit für den Arbeitsweg benötigen als mit dem PKW. Aufbauend auf diesen Ergebnissen wurden in einem verwaltungsinternen Workshop mögliche Maßnahmen zur Verbesserung der Mitarbeitermobilität diskutiert. Im Fokus stehen dabei die Verbesserung der Fahrradinfrastruktur (Abstellanlagen am / im Gebäude) sowie Maßnahmen der Kommunikation und Information.

In Vertretung

B. Reul-Nocke

Beigeordnete für Ordnung, Sicherheit und Recht

Kenntnis genommen

Mast-Weisz
Oberbürgermeister